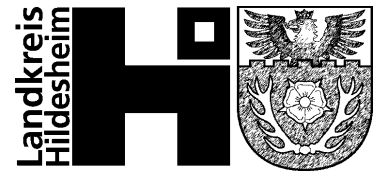


AMTSBLATT

für den

LANDKREIS HILDESHEIM



2006 Herausgegeben in Hildesheim am 08. November 2006 Nr. 47

Inhalt	Seite
20.10.2006 - Zweckverbandsverordnung für den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen / Hannover	702
30.10.2006 - Inkrafttreten der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Lamspringe	713
01.11.2006 - Rechtsverordnung über die Öffnung der Bockenemer Geschäfte am jeweiligen Sonntag des „Martini-Marktes“ (Neufassung), Stadt Bockenem	715

Impressum

Herausgeber: Landkreis Hildesheim, Fachbereich 1, Bischof-Janssen-Straße 31, 31132 Hildesheim
Druck: Druckerei des Landkreises Hildesheim
Ansprechpartner: Frau Peters, Fachdienst 101, Tel. (0 51 21) 309 – 1471, email: Rita.Peters@landkreishildesheim.de
Frau Meyer, Fachdienst 101, Tel. (0 51 21) 309 – 1482, email: Martina.Meyer@landkreishildesheim.de

Zweckverbandsordnung

für den

**Zweckverband für Tierkörperbeseitigung
Süd-niedersachsen/Hannover**

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
§ 1 Name, Sitz und Rechtsstellung	3
§ 2 Verbandsmitglieder	3
§ 3 Aufgaben	3
§ 4 Organe des Zweckverbandes	4
§ 5 Zusammensetzung der <u>Verbandsversammlung</u> , Vorsitz, Stimmrecht	4
§ 6 <u>Zuständigkeit der <u>Verbandsversammlung</u></u>	4
§ 7 <u>Einberufung der <u>Verbandsversammlung</u></u>	5
§ 8 <u>Beschlüsse und Wahlen der <u>Verbandsversammlung</u></u>	5
§ 9 <u>Verbandsausschuss</u>	6
§ 10 <u>Zuständigkeit des <u>Verbandsausschusses</u></u>	6
§ 11 <u>Wahl und Rechtsstellung der <u>Verbandsgeschäftsführerin/des <u>Verbandsgeschäftsführers</u></u></u>	6
§ 12 <u>Zuständigkeit der <u>Verbandsgeschäftsführerin/des <u>Verbandsgeschäftsführers</u></u></u>	7
§ 13 <u>Entscheidungen, unerhebliche Ausgaben</u>	7
§ 14 <u>Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld</u>	7
§ 15 <u>Haushaltsjahr</u>	8
§ 16 <u>Verbandsumlage</u>	8
§ 17 <u>Führung der <u>Verwaltungs- und Kassengeschäfte</u></u>	8
§ 18 <u>Rechnungsprüfung</u>	8
§ 19 <u>Ausscheiden von Mitgliedern</u>	8
§ 20 <u>Auflösung des <u>Verbandes</u> und <u>Änderung der <u>Verbandsaufgabe</u></u></u>	8
§ 21 <u>Auseinandersetzung</u>	9
§ 22 <u>Öffentliche <u>Bekanntmachungen</u></u>	9
§ 23 <u>In-Kraft-Treten</u>	10

Zweckverbandsordnung des „Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover“

Aufgrund des § 9 (1) des Nds. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 19. Februar 2004 (Nds. GVBL S. 63) hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am ~~21.11.2004~~ folgende Verbandsordnung des „Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover“ beschlossen:

§ 1

Name, Sitz und Rechtsstellung

- (1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover“.
- (2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Liebenburg.
- (3) Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

§ 2

Verbandsmitglieder

(1) Verbandsmitglieder sind

- 1.1 die Region Hannover
- 1.2 die Städte
Braunschweig
Göttingen
Salzgitter
- 1.3 die Landkreise
Bördekreis
Göttingen
Goslar
Halberstadt
Hildesheim
Holzminden
Northeim
Osterode am Harz
Quedlinburg
Wernigerode
Wolfenbüttel

(2) Der Beitritt weiterer Mitglieder bedarf einer Änderung der Zweckverbandsordnung.

§ 3

Aufgaben

Der Zweckverband hat die Aufgabe der ordnungsgemäßen Erledigung der Tierkörperbeseitigung für das Gebiet seiner Verbandsmitglieder. Zur Erfüllung seiner Aufgabe kann er sich Dritter bedienen.

- 4 -

§ 4

Organe des Zweckverbandes

Organe des Zweckverbandes sind

- die Verbandsversammlung,
- der Verbandsausschuss,
- der Verbandsgeschäftsführer.

§ 5

Zusammensetzung der Verbandsversammlung, Vorsitz, Stimmrecht

(1) Die Verbandsversammlung setzt sich zusammen aus den Vertreterinnen/Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet eine Vertreterin/einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Kommunale Verbandsmitglieder werden in der Verbandsversammlung durch den Hauptverwaltungsbeamten vertreten. Das Hauptorgan eines kommunalen Verbandsmitgliedes kann auf Vorschlag der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten abweichend von § 11 Abs. 1 Satz 1 NKomZG eine andere Bedienstete/einen anderen Bediensteten des Verbandsmitgliedes entsenden. Ist die Hauptverwaltungsbeamtin/der Hauptverwaltungsbeamte ehrenamtliche Geschäftsführerin/ehrenamtlicher Geschäftsführer des Zweckverbandes, entsendet das Hauptorgan dieses Verbandsmitgliedes ein anderes Mitglied in die Verbandsversammlung. Für jede Vertreterin/jeden Vertreter ist eine Stellvertreterin/ein Stellvertreter zu bestimmen. Die Entsendung der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten ebenso wie die der Vertreterinnen/Vertreter erfolgt durch Beschluss des Hauptorgans des Verbandsmitgliedes.

(2) Die Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden und ihrer Stellvertreterin/ihrer Stellvertreter/seiner Stellvertreterin/seines Stellvertreters erfolgt durch die Verbandsversammlung auf die Dauer von fünf Jahren. Handelt es sich hierbei um Wahlbeamte, so endet ihre Tätigkeit mit dem Tag des Ablaufs ihrer Wahlzeit.

(3) Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme, deren Wert sich nach den Umlageanteilen gemäß § 16 richtet.

§ 6

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

Der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung sind vorbehalten

1. die Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und seiner Stellvertreterin/seines Stellvertreters,
2. die Wahl der Verbandsgeschäftsführerin/des Verbandsgeschäftsführers und die Regelung der Stellvertretung,
3. die Bildung, Besetzung und Auflösung von Ausschüssen,
4. die Wahl der Mitglieder des Verbandsausschusses und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter.
5. die Aufnahme von Mitgliedern,
6. der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Verbandsordnung,
7. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen,
8. der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung einer Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
9. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und die Nachtragshaushaltssatzung.

10. die Beschlussfassung über den Finanzplan,
11. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 50.000 €,
12. die Festsetzung von Entschädigungen für die Vorsitzende/den Vorsitzenden der Verbandsversammlung, die Verbandsgeschäftsführerin/den Verbandsgeschäftsführer und die übrigen Vertreter der Verbandsmitglieder,
13. die Aufnahme von Krediten, die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen, die Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie wirtschaftlich gleich zu setzender Rechtsgeschäfte,
14. die Feststellung der Jahresrechnung und die Entlastung der Verbandsgeschäftsführerin/des Verbandsgeschäftsführers,
15. die Rechtsgeschäfte im Sinne von § 40 I 11 NGO ab 50.000 €
16. der Abschluss von Pacht- und Betriebsführungsverträgen,
17. der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken,
18. die Festsetzung der Verbandsumlagen,
19. die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern.

§ 7

Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung tritt auf schriftliche Einladung der Vorsitzenden/des Vorsitzenden zusammen. Die Einladung muss Tageszeit und Tagungsort sowie die Beratungsgegenstände angeben und spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann die/der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf 3 Tage abkürzen. Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Einladung 9 Tage bzw. 5 Tage vor der Sitzung auf den Postweg gegeben worden ist.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Eine außerordentliche Verbandsversammlung ist binnen eines Monats einzuberufen, wenn Verbandsmitglieder, die zusammen über mindestens ein Drittel der satzungsmäßigen Stimmen verfügen, dies unter Angabe des gewünschten Beratungsgegenstandes beantragen.

(3) Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen sind nach den Bestimmungen des § 22 bekannt zu machen.

§ 8

Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Verbandsmitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die anwesenden Verbandsmitglieder über mehr als die Hälfte der gesamten Stimmzahl der Verbandsversammlung verfügen und stimmberechtigt sind.

(2) Soweit das Nds. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) oder diese Verbandsordnung nicht etwas anderes vorschreibt, werden die Beschlüsse der Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der vertretenen Stimmzahl gefasst. Es wird offen abgestimmt. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(3) Abweichend von Abs. 2 bedürfen Beschlüsse über die Aufnahme von Mitgliedern gemäß § 6 Ziffer 5 und der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Zweckverbandsordnung gemäß § 6 Ziffer 6 einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Verbandsmitglieder und einer Stimmenmehrheit (§ 16) von zwei Dritteln.

(4) Die Auflösung des Zweckverbandes kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Sitzung beschlossen werden. Sie bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 9

Verbandsausschuss

(1) Der Verbandsausschuss besteht aus der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung und vier weiteren Mitgliedern (mit jeweils zwei Stellvertreterinnen/Stellvertretern), die von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt werden, und der Verbandsgeschäftsführerin/dem Verbandsgeschäftsführer, der im Verbandsausschuss kein Stimmrecht hat. Die Wahl erfolgt für fünf Jahre, begrenzt jedoch durch die Dauer der Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung.

(2) Mitglieder im Verbandsausschuss unterliegen dem Weisungsrecht desjenigen Verbandsmitgliedes, das sie im Verbandsausschuss vertreten.

(3) Die Sitzungen des Verbandsausschusses sind nicht öffentlich. Jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist berechtigt, an den Sitzungen des Verbandsausschusses als Zuhörerin oder Zuhörer teilzunehmen.

(4) Der Verbandsausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Verbandsausschusses ordnungsgemäß geladen sind und die anwesenden Mitglieder über mehr als die Hälfte der gesamten Stimmenzahl des Verbandsausschusses verfügen und stimmberechtigt sind. § 8 (2) gilt sinngemäß.

§ 10

Zuständigkeit des Verbandsausschusses

(1) Der Verbandsausschuss beschließt über

1. die Aufnahme von Krediten, die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen, die Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie wirtschaftlich gleich zu setzende Rechtsgeschäfte,

2. die Rechtsgeschäfte im Sinne von § 40 Abs. 1 Ziffer 11 NGO bis zur Höhe von 50.000 €,

3. die Festsetzung eines Pauschalersatzes an die die Verwaltungs- und Kassengeschäfte führenden Verbandsmitglieder.

(2) Der Verbandsausschuss bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung vor.

(3) §§ 7 und 8 gelten sinngemäß.

§ 11

Wahl und Rechtsstellung der Verbandsgeschäftsführerin/des Verbandsgeschäftsführers

(1) Die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer wird von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt; die Verbandsversammlung kann eine weitere Stellvertreterin/einen weiteren Stellvertreter wählen. Die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer wird vertreten von ihrer/ihrer Vertreterin/Vertreter/seiner Vertreterin/seinem Vertreter im Hauptamt oder auf Beschluss der Verbandsversammlung durch eine Vertreterin/einen Vertreter eines anderen Verbandsmitgliedes.

(2) Die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer und ihre/seine Stellvertreterinnen/Stellvertreter werden auf die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes auf die Dauer dieses Amtes, gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt der/des neu gewählten Verbandsgeschäftsführerin/Verbandsgeschäftsführers aus.

(3) Die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

§ 12

Zuständigkeit der Verbandsgeschäftsführerin/des Verbandsgeschäftsführers

(1) Die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandsordnung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband in Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren.

(2) Der Verbandsgeschäftsführerin/dem Verbandsgeschäftsführer obliegt insbesondere

1. der Abschluss von Verträgen bis zu einer Wertgrenze von 5.000 €,
2. die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen des durch die Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrages.

(3) Die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer kann laufende Verwaltungsangelegenheiten Beschäftigten des die Verwaltungs- und Kassengeschäfte führenden Verbandsmitgliedes übertragen.

(4) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Unterzeichnung durch die Verbandsgeschäftsführerin/den Verbandsgeschäftsführer und die Vorsitzende/den Vorsitzenden der Verbandsversammlung. Im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung ist die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer zur alleinigen Unterzeichnung berechtigt.

§ 13

Eilentscheidungen, unerhebliche Ausgaben

(1) In dringenden Fällen, in denen die Entscheidung der Verbandsversammlung nicht eingeholt werden kann, entscheidet der Verbandsausschuss. Kann im Falle des Satzes 1 und in anderen Fällen die vorherige Entscheidung des Verbandsausschusses nicht eingeholt werden und droht der Eintritt erheblicher Nachteile oder Gefahren für den Zweckverband, so trifft die Verbandsgeschäftsführerin/der Verbandsgeschäftsführer im Einvernehmen mit der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung die notwendigen Maßnahmen. Sie oder er hat dem Verbandsausschuss und der Verbandsversammlung in der nächsten Sitzung zu berichten.

(2) Über-faßplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 50.000 € sind unerheblich im Sinne von § 89 NGO. Die Verbandsversammlung ist anschließend zu unterrichten.

§ 14

Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses sind ehrenamtlich tätig. Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld werden in einer gesonderten Entschädigungssatzung festgelegt.

§ 15

Haushaltsjahr

Das Haushaltsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.

- 8 -

§ 16

Verbandsumlage

- (1) Soweit die Einnahmen den Finanzbedarf des Zweckverbandes für ein Haushaltsjahr nicht decken, setzt die Versammlung eine allgemeine Umlage fest.
- (2) Die allgemeine und andere Umlagen verteilen sich auf die Verbandsmitglieder nach einer Quote, die sich je zur Hälfte nach der Einwohnerzahl und nach der zahlenmäßigen Größe des Viehbestandes (Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe) zum 30.06. des Vorjahres zusammensetzt. Maßgebend sind die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes veröffentlichten statistischen Daten.
- (3) Die Umlagen werden in der Haushaltssatzung festgesetzt.

§ 17

Führung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte

- (1) Die Verwaltungs- und Kassengeschäfte werden jeweils von der Verwaltung des Verbandsmitgliedes geführt, das die Verbandsgeschäftsführerin/den Verbandsgeschäftsführer stellt, soweit keine Geschäftsstelle unterhalten oder eine Kassenverwalterin/ein Kassenverwalter bestellt wird.
- (2) Die Kassenaufsicht obliegt dem Kassenaufsichtsbeamten dieses Verbandsmitgliedes.

§ 18

Rechnungsprüfung

Zur Prüfung der Jahresrechnung ist das Rechnungsprüfungsamt des Verbandsmitgliedes heranzuziehen, das die Verbandsgeschäftsführerin/den Verbandsgeschäftsführer stellt.

Schlussbestimmungen

§ 19

Ausscheiden von Mitgliedern

- (1) Die Beendigung der Mitgliedschaft im Zweckverband kann nur durch Kündigung erfolgen. Es muss ein wichtiger Grund vorliegen. Ein wichtiger Grund liegt nur vor, wenn Tatsachen vorliegen, aufgrund derer dem Mitglied unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen sowohl des Mitglieds als auch des Zweckverbandes die Fortsetzung der Mitgliedschaft nicht zuzumuten ist.
- (2) Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur zum Schluss eines Haushaltsjahres zulässig. Die Kündigungsfrist beträgt 1 Jahr.

§ 20

Auflösung des Verbandes und Änderung der Verbandsaufgabe

- (1) Die Versammlung kann die Auflösung des Verbandes beschließen, wenn die Verbandsaufgaben entfallen sind oder durch den Verband nicht mehr zweckmäßig erfüllt werden können oder der Fortbestand des Verbandes aus anderen Gründen nicht mehr erforderlich ist.
- (2) Der Beschluss bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

**§ 21
Ausëinandersetzung**

Im Fall des Ausscheidens eines Mitglieds oder der Auflösung des Zweckverbandes ist das noch vorhandene Vermögen zu bewerten; die bestehenden Verbindlichkeiten sind abzudecken. Etwaige Überschüsse oder Fehlbeträge werden auf die Verbandsmitglieder entsprechend der vor der Auflösung gemäß § 16 errechneten Umlageanteile verteilt bzw. umgelegt.

**§ 22
Öffentliche Bekanntmachungen**

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen in folgenden Bekanntmachungsorganen:

Landkreis Bördekreis	Amtsblatt für den Bördekreis
Stadt Braunschweig	Amtsblatt für die Stadt Braunschweig
Landkreis Goslar	Amtsblatt für den Landkreis Goslar
Landkreis Göttingen	Amtsblatt für den Landkreis Göttingen
Stadt Göttingen	Amtsblatt für die Stadt Göttingen
Landkreis Halberstadt	Amtsblatt für den Landkreis Halberstadt
Region Hannover	Gemeinsames Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover
Landkreis Hildesheim	Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim
Landkreis Holzminden	Amtsblatt für den Landkreis Holzminden
Landkreis Northeim	Amtsblatt für den Landkreis Northeim
Landkreis Osterode	Amtsblatt für den Landkreis Osterode a. H.
Landkreis Quedlinburg	Quedlinburger Kreisblatt - Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg
Stadt Salzgitter	Amtsblatt für die Stadt Salzgitter
Landkreis Wernigerode	Amtsblatt für den Landkreis Wernigerode, Harzer Volksstimme (Hinweisbekanntmachung)
Landkreis Wolfenbüttel	Amtsblatt für den Landkreis Wolfenbüttel

(2) Abweichend von Abs. 1 sind Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen der Versammlung nach den für die Bekanntmachungen der im Zweckverband vereinigten kommunalen Körperschaften geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen.

Landkreis Bördekreis	Börde Volksstimme
Stadt Braunschweig	Braunschweiger Zeitung
Landkreis Goslar	Goslarsche Zeitung Seesener Beobachter
Landkreis Göttingen	Göttinger Tageblatt, Eichsfelder Tageblatt, Hessische Nieders. Allgemeine, Mündener Allgemeine
Stadt Göttingen	Göttinger Tageblatt
Landkreis Halberstadt	Halberstädter Tageblatt
Region Hannover	Hannoversche Allgemeine Zeitung, Neue Presse, Deister-Leine- Zeitung, Neue Deister-Zeitung
Landkreis Hildesheim	Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim
Landkreis Holzminden	Täglicher Anzeiger Holzminden

Landkreis Northeim	Hessische Nieders. Allgemeine, Einbecker Morgenpost, Gandersheimer Kreisblatt
Landkreis Osterode a. H.	Amtsblatt für den Landkreis Osterode a. H. Harzkurier (Hinweisbekanntmachung)
Landkreis Quedlinburg	Mitteldeutsche Zeitung - Quedlinburger Harz-Bote
Stadt Salzgitter	Salzgitter-Zeitung
Landkreis Wernigerode	Harzer Volksstimme
Landkreis Wolfenbüttel	Braunschweiger Zeitung

§ 23
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung, frühestens aber am 1. November 2006, in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 23.11.2001 außer Kraft.

Goslar, 20.10.06



Dr. Hartmut Heuer
Erster Kreisrat
Vorsitzender der Versammlung



Claus Jänner
Erster Kreisrat
Vorsitzender des Vorstandes

Genehmigung

Gemäß § 21 Abs. 1 i. V. m. § 5 Abs. 6 und § 20 Abs. 2 Ziffer 2 des Niedersächsischen Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 19.02.2004 (Nds. GVBl. S. 63), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18.05.2006 (Nds. GVBl. S. 203), wird die von der Verbandsversammlung am 20.10.2006 beschlossene Verbandsordnung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Liebenburg-Dörnten genehmigt.

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Az.: 31.34-01610/2036
Im Auftrage



Hannover, den 31.10.2006

Bühre

Bühre



Samtgemeinde Lamspringe

- Der Samtgemeindebürgermeister -

Mitgliedsgemeinden:
Harbarnsen Lamspringe
Neuhof Sehlern
Woltershausen

Besuchszeiten:
montags - freitags 08.00 - 12.30 Uhr
donnerstags auch 14.30 - 18.00 Uhr

Tel.-Vermittlung (05183) 500-0
Telefax: (05183) 50010
Auskunft erteilt: Herr Voßhage
Tel.-Durchwahl: 500-21
Aktenzeichen: 622 - 08 / 20
31195 Lamspringe : 30.10.2006

Bekanntmachung

Inkrafttreten der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Lamspringe gemäß § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB).

Die vom Rat der Samtgemeinde Lamspringe am 26.09.2006 beschlossene 20. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde vom Landkreis Hildesheim am 09.10.2006 Az.: (201) 1511/408 genehmigt.

Das Plangebiet ist auf dem als Anhang beigefügtem Planausschnitt begrenzt.

Die genehmigte 20. Änderung der Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht kann während der Dienststunden im Bauamt der Samtgemeinde, 31195 Lamspringe, Kloster 3, Zimmer 11 von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt der Flächennutzungsplanänderung Auskunft verlangen.

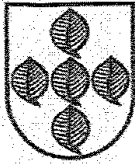
Mit dieser Bekanntmachung tritt die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine nach § 214 Satz 1 Nr. 1 - 3 des BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 Satz 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes schriftlich gegenüber der Samtgemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

- 2 -

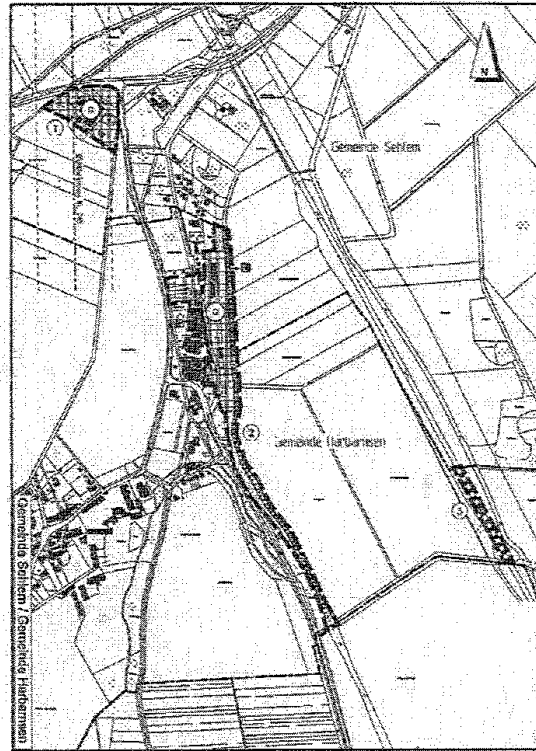
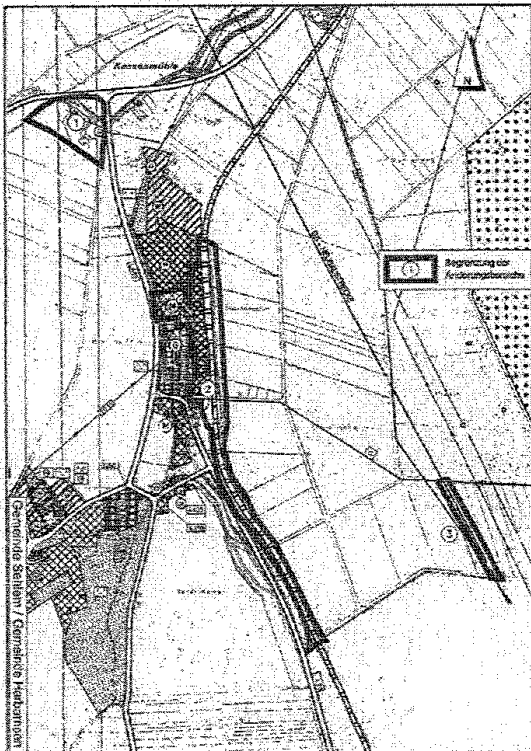
Konten der Samtgemeindekasse:
KreisSparkasse Lamspringe 6-000 046 BLZ 259 510 20
KreisSparkasse Harbarnsen 6-000 662 BLZ 259 510 20

Volksbank Hildesheim-Leinetal 45000 057 300, BLZ 259 900 11
Volksbank Heinde-Sehlern 410 140 500, BLZ 250 694 71
Postbank Hannover 308 62-306 BLZ 250 100 30



Samtgemeinde Lamspringe

- Der Samtgemeindebürgermeister -



In Vertretung

(Schnelle)

Konten der Samtgemeindekasse:
Kreissparkasse Lamspringe 6-000 046, BLZ 259 510 20
Kreissparkasse Harbarnsen 6-000 666, BLZ 259 510 20

Volksbank Hildesheim-Leinetal 45000 057 300, BLZ 259 900 11
Volksbank Heinde-Sehlem 410 140 500, BLZ 250 694 71
Postbank Hannover 308 62-306, BLZ 250 100 30

Rechtsverordnung
über die Öffnung der Bockenemer Geschäfte am jeweiligen Sonntag des
„Martini-Marktes“
(Neufassung)

Aufgrund des § 14 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Ladenschluss (LSchIG) vom 28.11.1956 (BGBl. I S. 875), i.d.F. vom 02.06.2003 (BGBl. I S. 744) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten (Zust. VO GewAR 1991) vom 19.12.1990 (Nds. GVBl. S. 491), in der zur Zeit geltenden Fassung und des § 40 Abs.1 Ziffer 4 der Nieders. Gemeindeordnung in der Fassung vom 22.08.1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.05.2006 (Nds. GVBl. S. 203), hat der Rat der Stadt Bockenheim am 01. November 2006 folgende Rechtsverordnung beschlossen:

§ 1

Im Rahmen der Veranstaltung „Martini-Markt“ dürfen am jeweiligen Sonntag dieser Veranstaltung die Geschäfte von 13.00 bis 18.00 Uhr unter Befreiung von der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Ziffer 1 LSchIG geöffnet sein. Der „Martini-Markt“ findet jedes Jahr am Sonntag und Montag nach dem Martins-Tag (11. November) statt. Fällt dieser Sonntag auf den Volkstrauertag oder Totensonntag, findet er am Sonntag und Montag vor dem Martins-Tag statt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bockenheim, 01.11.2006

Stadt Bockenheim

(Siegel)

gez. Bartölke

Bartölke
Bürgermeister

gez. Rademacher

Rademacher
Stadtdirektor